



## Haupt- und Finanzausschuss

### Niederschrift

über die 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der siebzehnten Wahlperiode am Montag, dem 14.02.2022, 18:00 Uhr im Bürgerforum Bergischer Hof, Bürgersaal, 2. OG, Rathausplatz, 51503 Rösrath

Sitzungsbeginn: 18:06 Uhr

#### Anwesend sind:

##### **Vorsitzende**

Bürgermeisterin Bondina Schulze

##### **Mitglied der CDU-Fraktion**

1. Stellv. Bürgermeister Wolfgang Büscher bis 19:23 Uhr / TOP 6.1  
Ratsmitglied Marc Schönberger  
Ratsmitglied Birgitta Wasser

##### **stellv. Mitglied der CDU-Fraktion**

Ratsmitglied Dr. Reinhold Henseler Vertr. für Herrn Yannick Müller  
Ratsmitglied Veronika Rilke-Haerst Vertr. für Herrn Jahn

##### **Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ratsmitglied Melanie Glaap  
Ratsmitglied Rainer Helser  
Ratsmitglied Dr. Markus Plagge  
Ratsmitglied Friedo Weiß

##### **Mitglied der SPD-Fraktion**

2. Stellv. Bürgermeister Jürgen Bachmann  
Ratsmitglied Petra Zinke

##### **Mitglied der Fraktion ForsPark**

Ratsmitglied Yannick Steinbach

##### **Mitglied der FDP-Fraktion**

Ratsmitglied Erik Pregler abwesend bei Abstimmung zu TOP 12

##### **Mitglied der AfD-Fraktion**

Ratsmitglied Jörg Venedey

##### **Mitglied der Fraktion ZLR**

Ratsmitglied Cordula Dick

##### **stellv. Mitglied der Fraktion DIE LINKE.**

Ratsmitglied Frank D. Albert-von der Ohe Vertr. für Frau von der Ohe

**Von der Verwaltung**

Gleichstellungsstelle  
Dezernent  
Sachbearbeiterin  
Erster Beigeordneter  
Fachbereichsleiterin  
Personalrat  
Fachbereichsleiter

Elke Günzel  
Christoph Herrmann  
Sandra Janczura  
Ulrich Kowalewski  
Sabine Ley  
Ralf Mangold  
Christian Welsch

**Schriftführerin**

Sachbearbeiterin

Susanne Weißweiler

**Vertreter der Presse als Gast im öffentlichen Teil**

Dr. Thomas Rausch (Vertreter der  
Zeitungsgruppe Köln)

ab 18:11 Uhr / TOP 2

Nach Eröffnung der Sitzung und vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Vorsitzende fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen und die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl der Ausschussmitglieder anwesend ist.

Auf Anregung von Ausschussmitglied Frank D. Albert-von der Ohe wird die Tagesordnung aus aktuellem Anlass einstimmig um TOP 6.1 „Gesamtschule“ erweitert.

### **Öffentlicher Teil:**

1. Niederschrift der letzten Sitzung

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis; Einwendungen werden nicht erhoben.

2. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse

#### **zu TOP 3 Neufassung der Hauptsatzung Drucks.-Nr. 272/2021**

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 13.12.2021 die Neufassung der Hauptsatzung mit den vorgeschlagenen Änderungen beschlossen. Die Neufassung der Hauptsatzung ist am 18./19.12.2021 öffentlich bekannt gemacht worden und am 01.01.2022 in Kraft getreten.

#### **zu TOP 4 Satzung über die Aufwandsentschädigung, den Auslagenersatz und die Förderung des Ehrenamtes für die ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Rösrath Drucks.-Nr. 266/2021**

Der Stadtrat hat die Satzung mit den vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen in seiner Sitzung am 13.12.2021 beschlossen. Die Satzung ist am 18./19.12.2021 öffentlich bekannt gemacht worden und am 01.01.2022 in Kraft getreten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis; Einwendungen werden nicht erhoben.

3. Begrenzung der Anzahl der Standorte für die Aufstellung von Altkleidercontainern  
Drucks.-Nr. 289/2022

Einzelne Ausschussmitglieder äußern sich kritisch zu den Standorten, der Anzahl der Container und den Leerungsintervallen der bisherigen Container. Auf Nachfrage erläutern Fachbereichsleiterin Sabine Ley und Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski, dass sich die Verwaltung bei den Standorten an den bisherigen Gegebenheiten orientiert hat. Es können nur Flächen im öffentlichen Raum betrachtet werden, da nur für diese die Sondernutzungserlaubnisse erteilt werden müssten. Erforderlich ist eine Regelung in diesem Bereich, da neben den bisherigen gemeinnützigen Sammlern nun auch gewerbliche Firmen in den Markt drängen. Die Sondernutzungserlaubnisse werden befristet erteilt, d.h. eine regelmäßige Überprüfung der Standorte und sonstigen Gegebenheiten ist möglich und sinnvoll.

#### **Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt die Anzahl der aufgestellten Container zur Sammlung von Altkleidern auf öffentlichen Flächen auf 1 Container pro 1.000 Einwohner zu begrenzen und wie folgt aufzustellen:

-	Rösrath	13 Standorte
-	Hoffnungsthal	8 Standorte
-	Kleineichen	2 Standorte
-	Forsbach	6 Standorte
		-----
		29 Standorte

Eine detaillierte Standortübersicht ist der Anlage 4 zu entnehmen.

4. Ergänzung der Jugendhilfeplanung Kindertageseinrichtungen:  
 Aufteilung der Kindertageseinrichtungs- und Kindertagespflegeplätze zum  
 Kindergartenjahr 2022/2023 in der Stadt Rösrath gemäß § 32 Kinderbildungsgesetz  
 (KiBiz)  
 Drucks.-Nr. 278/2022

Die Bürgermeisterin berichtet, dass der Jugendhilfeausschuss dem Rat die vorgelegte Beschlussfassung empfohlen hat.

Ausschussmitglied Frank D. Albert-von der Ohe fragt an, ob sich der Zuschuss in Ziffer 4 in Höhe von 20.000,00 € auf alle Familienzentren zusammen bezieht oder ob der Zuschuss in Höhe von 20.000,00 € je Familienzentrum gewährt wird. Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski stellt klar, dass die Einrichtungen jeweils 20.000,00 € erhalten sollen; daraufhin regt Ausschussmitglied Frank D. Albert-von der Ohe an, den Beschluss in Ziffer 4 um ein klarstellendes „je 20.000,00 €“ zu ergänzen.

Die Bürgermeisterin stellt den geänderten Beschlussvorschlag zu Abstimmung.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt für das Kindergartenjahr 2022/2023:

1. Das Kindertageseinrichtungsangebot mit den Gruppenformen und Betreuungszeiten wird, wie in den Erläuterungen dargestellt, verabschiedet.
2. Der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rhein-Oberberg sowie der Rheinisch-Bergische Elternverein e.V. erhalten einen Zuschuss in Höhe von 15.000 € für die jeweiligen Waldkindergartengruppen.
3. Das Angebot an Kindertagespflegeplätzen mit 119 Plätzen wird, wie in den Erläuterungen dargestellt verabschiedet.
4. Der Zuschuss für die 5 Familienzentren in Höhe von je 20.000 € wird gewährt.
5. Die Verwaltung erhält den Auftrag zur Beantragung der entsprechenden Landesmittel.
6. Der zusätzliche städtische Zuschuss für Elterninitiativen in Höhe von 3 % sowie für andere freie Trägerschaften der in Höhe von 8% wird weiter gewährt.
7. Der Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. erhält als Ausgleich für die Einstufung als kirchlicher Träger einen zusätzlichen städtischen Zuschuss in Höhe von 11 %.
8. Die Zuschüsse berechnen sich anhand der Kindpauschalen zuzüglich der Kaltmiete sowie abzüglich des Vorabzuges je Gruppe.
9. Sofern noch Korrekturen bezüglich der Angebote in den Kindertageseinrichtungen erforderlich werden, wird die Verwaltung ermächtigt, die Änderungen umzusetzen, soweit hierfür die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

5. Aktueller Stand Haushaltsplan 2022 und Abschlüsse 2020 und 2021  
- mündlicher Bericht -

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 5 (Finanzen, Vermögen) Christian Welsch gibt zu den Jahresabschlüssen 2020 und 2021 und zum Haushaltsplan 2022 eine erste vorläufige Einschätzung ab. – Die zu Grunde liegende PowerPoint-Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. - Er weist darauf hin, dass es sich um ein vorläufiges Ergebnis handelt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

6. Fraktionsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
hier: Ergänzung der Beschlussvorlagen  
Drucks.-Nr. 275/2022

Die Ausschussmitglieder diskutieren fraktionsübergreifend das Für und Wider des Beschlussvorschlages. Bemängelt wird, dass ein Vorschlag, wie eine solche Ergänzung ausgestaltet sein soll, seitens der Antragsteller nicht konkret eingebracht wurde.

Ausschussmitglied Wolfgang Büscher schlägt vor, die Angelegenheit in den Zukunftsausschuss zu vertagen, mit der Bitte, dort eine abstimmungsfähige Vorlage zu erarbeiten. Eine dort erarbeitete Beschlussvorlage soll dann in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses zur Abstimmung gestellt werden.

Die Bürgermeisterin stellt den Vorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:** einstimmig bei einer Enthaltung

Der Antrag wird in die nächste Sitzung des Zukunftsausschusses vertagt, mit dem Auftrag dort konkrete Vorschläge zu entwickeln und diese in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses zur Beschlussfassung vorzulegen.

6.1. Gesamtschule

Ausschussmitglieder bringen fraktionsübergreifend ihr Unverständnis über die Abweisung von 25 Schülern durch die Leitung der Gesamtschule Rösrath sowie deren Weigerung eine fünfte Eingangsklasse einzurichten zum Ausdruck.

Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski legt dar, dass der Stadt die Hände gebunden sind, da es sich um eine pädagogische Entscheidung der Schulleitung handelt, auf die die Stadt keinen Einfluss habe. Die Schule halte sich an die Vorgaben der Bezirksregierung Köln. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass die Einrichtung eines fünften Zuges möglich sei. Ein Gespräch mit der Bezirksregierung Köln sei möglich, die Stadt habe aber keine rechtliche Handhabe gegenüber der Bezirksregierung Köln.

Seitens der Verwaltung habe man Gespräche mit Lohmar und Overath geführt, um die abgelehnten Schüler dort unterzubringen. In Overath habe man Bereitschaft zur Aufnahme signalisiert, Lohmar lehnt die Aufnahme auswärtiger Schüler an der dortigen Gesamtschule ab.

Zum Wohle der abgewiesenen Rösrather Schüler erklärt sich der Erste Beigeordnete Ulrich Kowalewski bereit, nochmals das Gespräch mit Schulleitung und Bezirksregierung zu suchen und alle an einen Tisch zu bringen.

7. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin berichtet über die Ausnahmegenehmigung bezüglich der ständigen Besetzung der Feuerwache mit hauptamtlichen Kräften:

Der Rat hat in der Sitzung vom 22.03.2021 über die 4. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans sowie die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen, Handlungsfelder einschließlich der Anlagen beschlossen (Drucks Nr. 131/2021).

Daraufhin wurde am 12.05.2021 der Antrag auf Verlängerung der Ausnahmegenehmigung nach § 10 Satz 3 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) bei der Bezirksregierung Köln gestellt. Seit wenigen Tagen liegt nun die bis zum 22.03.2026 gültige Ausnahmegenehmigung seitens der Bezirksregierung Köln vor. Diese ist mit verschiedenen Auflagen verbunden.

Zurzeit finden zwischen Verwaltung und Freiwilliger Feuerwehr Abstimmungsgespräche statt, so dass eine schriftliche Mitteilung über die Umsetzung der verschiedenen Aufgabefelder erst im nächsten Haupt- und Finanzausschuss sowie in der nächsten Ratssitzung erfolgen wird.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19:35 Uhr

Rösrath, den 23.02.2022

Vorsitzende

Schriftführerin